

## **Mutig, weiter, grüner – Verantwortung übernehmen**

### **Beschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gefasst auf der Klausur der Fraktion am 16.11.2018 im Schieferpark in Lehesten**

#### **Darum geht es**

Unsere Gesellschaft und die Demokratie stehen vor großen Herausforderungen. Rechtspopulist\*innen und Rechtsextremist\*innen bestimmen mit Hass und Hetze viel zu oft die Agenda, während die tatsächlichen Probleme in der Gesellschaft ungelöst bleiben. Hier braucht es eine klare Haltung! Eine Haltung, die klare Kante gegen Rechtspopulist\*innen zeigt. Und eine Haltung, die dafür steht, sich der schwierigen Sachfragen und der Probleme der Menschen anzunehmen.

Wir Bündnisgrüne in Thüringen sind aus der Bürger\*innenbewegung der DDR hervorgegangen. Mit der friedlichen Revolution haben auch etliche von uns die Demokratie, Meinungs- und Reisefreiheit mit erkämpft. Wir haben auch heute nicht vergessen, dass Demokratie jeden Tag aufs Neue zu erstreiten ist. Unsere Haltung war seit jeher eine, die auf Bürger\*innen- und Freiheitsrechte setzt. Wir sehen uns als Vertretung auch für Minderheitenrechte und lassen es nicht zu, dass Grund- und Menschenrechte – von wem auch immer – in Frage gestellt werden. Rassismus ist keine Meinung, sondern verletzt die Würde aller, die ihn erfahren müssen und vergiftet das gesellschaftliche Miteinander. Dem stellen wir uns entgegen. Und diese Haltung ist für uns nicht verhandelbar sondern Grundbestandteil unseres Selbstverständnisses.

#### **Unsere Vergangenheit mahnt uns**

Wer sich mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen auseinandersetzen will, muss sich zunächst mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen.

Gegen das Vergessen müssen wir Haltung zeigen und bewahren! Wie noch nie zuvor ist der gesellschaftliche common sense über unsere Erinnerungskultur in Gefahr. Millionen von Menschen, Jüd\*innen, Sinti\*zas und Rom\*nija, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Oppositionelle, Gläubige, Kommunist\*innen und Andersdenkende, wurden im Nationalsozialismus verfolgt, vertrieben und ermordet. Die nationalsozialistischen Verbrechen haben unsere Gesellschaft nachhaltig geprägt und bedeuten bis heute auch Verantwortungsübernahme. Unsere Geschichte verpflichtet uns, zu gedenken, zu erinnern und zu mahnen – für unser aller Zukunft. Deshalb stehen wir für eine menschenrechtsorientierte Bildung, der Authentizität und Professionalität zugrunde liegen.

Die DDR und die SED-Diktatur gehören zu unserer Geschichte und rufen auch Erinnerungen auf, die mit Repression und Familienschicksalen in Verbindung stehen. Manche Verletzungen und Verfolgungserfahrungen wirken bis heute in unterschiedlichster Form nach. Fakt ist, die SED-Diktatur war weit mehr als die Stasi mit ihrer unerträglichen Bespitzelung bis hin zur Zersetzung von Menschen, die nicht ins System passten. Hier gilt es noch viel aufzuarbeiten –

so auch die Rolle der Blockparteien und der hochpolitischen Verwaltungen von Bezirken über die Räte des Kreises bis hin zu kleinen Gemeinden. Doch auch die gesellschaftliche Neuaufstellung nach der friedlichen Revolution riss Wunden und warf viele aus der bis dahin scheinbar ge- oder verordneten Bahn. Es gilt weiterhin, diese unsere Geschichte aufzuarbeiten und über die vielen Rädchen, die die SED-Diktatur am Laufen hielten, aufzuklären.

Das Bewusstsein und das Wissen hinsichtlich der Kolonialgeschichte des deutschen Kaiserreiches sind noch sehr gering, die Spuren in Thüringen sind allerdings sichtbar. Auch für diese Zeit gilt es, bezüglich der Verbrechen der deutschen Kolonien Bewusstsein zu schaffen, um historisch Verantwortung zu übernehmen. Aktuelle Strömungen, die die Kolonialzeit herunterspielen oder gar glorifizieren, erkennen nicht, welche teils fatale Folgen diese Zeit für die heutigen Staaten, aber auch für den heutigen teils verbreiteten Ethnozentrismus hat. Hier gilt es, faktenbasierte Aufklärung zu leisten.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Thüringen eine Forschung zur Kolonialzeit etabliert wird

Die Hauptprotagonist\*innen des rechtsterroristischen NSU und seines Unterstützungsnetzwerkes kamen aus Thüringen und haben sich auch in Thüringen politisiert und radikalisiert. Sie gingen von Thüringen aus in den Untergrund und verübten von dort ihre rassistischen Morde, Bombenanschläge und Raubüberfälle. Die Verbrechen mahnen uns, stets achtsam zu sein und zu bleiben.

Die extremen Rechten bleiben weiterhin eine Gefahr für unsere Demokratie und die Gesellschaft. Verstetigt wird das Gedankengut auch durch die im Thüringer Landtag vertretenen extremen Rechten. An ihren politischen Diskursen über Sicherheit sowie Migrant\*innen orientieren sich verschiedene politische Akteur\*innen und beanspruchen immer unverhohlener eine extrem rechte und menschenfeindliche Deutungshoheit.

Deshalb gilt es, Haltung zu zeigen! Demokratische Positionen und die Errungenschaften des Rechtsstaats müssen in unserer Gesellschaft menschenfeindlichen Positionen entgegengestellt werden.

### **Dafür stehen wir**

Für die bündnisgrüne Landtagsfraktion gibt es unverhandelbare Maximen: Überall wo Menschenrechte zur Disposition stehen, Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu Tage treten, stehen wir mit Mut, Herz, guten Argumenten und Sachlichkeit dagegen. Wir haben eine klare Haltung, wenn es um Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und jegliche Formen der Ausgrenzung geht.

Wir zeigen Haltung, während andere ihre Prinzipien aufgeben, um populistischen Tendenzen hinterherzulaufen. Das heißt für uns konkret, dass wir keine Angriffe auf den Rechtsstaat und auf Grund- und Menschenrechte dulden. Die unabhängige Justiz und eine freie Presse beispielsweise sind elementare Bestandteile unserer Demokratie. Beide stehen, nicht nur in Deutschland, unter immensem Druck. Gerichtsentscheidungen sind zu respektieren und nicht mit Verweis auf ein angebliches „gesundes Volksempfinden“ zu negieren und damit zu delegitimieren. Denn ohne eine unabhängige Justiz gibt es keinen Rechtsstaat. Um diese Unabhängigkeit weiter zu stärken, haben wir jüngst das Weisungsrecht des Justizministers gegenüber den Staatsanwaltschaften abgeschafft. Presseberichterstattung kann und darf natürlich kritisiert werden, doch wir werden uns immer den „Lügenpresse“-Rufen entgegenstellen und der freien Presse sowie dem Recht auf Meinungsfreiheit den Rücken stärken.

---

Wir stehen für eine offene und demokratische Gesellschaft, in der sich jede\*r frei und selbstbestimmt entfalten kann und die Würde eines jeden Menschen, unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Orientierung, geachtet wird. Dazu gehören selbstverständlich auch die Verteidigung der Religionsfreiheit und das Recht zu glauben oder eben nicht. Deshalb haben wir den Bau der ersten sichtbaren Moschee in Thüringen unterstützt, weil es das gute Recht einer jedweden Gemeinde ist, in einem Gotteshaus würdig ihren Glauben praktizieren zu können. Wir freuen uns über die kürzlich erfolgte Grundsteinlegung für die Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde und hoffen auf ein friedliches Miteinander sowie die Anerkennung von Lebensrealitäten auch in diesem Bereich. Denn der Islam gehört selbstverständlich auch zu Thüringen.

Wir erleben, dass sicher geglaubte Zustimmungen zu wesentlichen Grundpfeilern unserer demokratischen Gesellschaft im Augenblick in Frage gestellt werden. In der scheinbaren Gewissheit einer naturgegebenen Gesellschaftsordnung wurde lange versäumt, Demokratie für die Menschen erleb- und erfahrbar zu machen. Als eine Antwort darauf setzen wir uns für mehr demokratische Bildung in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen ein. Daraus ergibt sich auch die Forderung nach neuen Beteiligungsformen. Viele Bürger\*innen scheinen sich in Entscheidungsprozessen nicht wiederzufinden bzw. haben das Gefühl, sich zu wenig beteiligen zu können. Unabhängig von der Bewertung dieser Wahrnehmung wollen wir unter anderem die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Zentrum-Peripherie-Bindung der Bürger\*innen zu stärken, Bürger\*innen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Entscheidungsprozesse wollen wir transparenter und nachvollziehbarer zu machen.

Bei rechtsextremen Veranstaltungen stehen wir an der Seite der Engagierten und Bündnisse, die diese nicht hinnehmen wollen und sich dem im wahrsten Sinne des Wortes wi(e)dersetzen.

Die Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft hat unterschiedliche Formen. Sei es bei der Lohnungleichheit, den Aufstiegschancen, der politischen Repräsentanz oder schlicht dem alltäglichen Umgang, in dem Frauen als weniger kompetent, als weniger ernst zu nehmen oder einfach respektlos behandelt und objektifiziert werden. Für uns ist all das nicht hinnehmbar. Wir stehen für echte Gleichberechtigung unabhängig vom Geschlecht. Geschlechterdemokratie ist für uns erst dann erreicht, wenn Frauen tatsächlich gleichberechtigt auf allen Ebenen vertreten sind. Wir arbeiten daher an einem Paritätsgesetz, um Frauen und Männer gleichermaßen an der parlamentarischen Verantwortung teilhaben zu lassen.

## **Fazit**

Wir Bündnisgrüne in Thüringen verstehen uns als Gegenentwurf zu Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – egal in welcher Partei. Wir verstehen Antifaschismus als Teil eines demokratischen Selbstverständnisses.

Der derzeitige Populismus ist laut. Aber er entspricht nicht der Mehrheitsmeinung der Menschen in diesem Land. Wir müssen lernen, ihn als Gefahr zu sehen, ohne ihm mehr Raum zu geben, als ihm gebührt. Denn so verbreiten wir ihn noch mehr.

Wir hingegen verteidigen unsere Institutionen, wie die freie Presse, die unabhängige Justiz, unsere Parlamente, Religionsfreiheit oder die Öffnung der Ehe.

Viel zu viele politische Akteur\*innen übernehmen populistische Positionen in dem Glauben, damit ihr Fähnchen nach dem Wind richten zu können.

Wir allerdings stehen für eine klare Haltung. Dem Populismus setzen wir eine Politik der Sachdebatten entgegen. Wir arbeiten an Lösungen und einer konstruktiven Sachpolitik, mit der

---

man die tatsächlichen Probleme im Land löst. Wir verwahren uns davor, uns in Scheindebatten von unserer lösungsorientierten Politik abbringen zu lassen. Zu tun ist nämlich genug. Und wir wollen es angehen.

Diese Haltung erfordert Mut. Und wir haben diesen Mut.

